

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 14. Ratssitzung vom 3. September 2014

314. 2014/92

Weisung vom 26.03.2014:

Gemeinschaftszentrum Leimbach, Standortwechsel und Beiträge 2015–2018

Antrag des Stadtrats

1. Der Stiftung Zürcher Gemeinschaftszentren wird für das Gemeinschaftszentrum Leimbach am neuen Standort für die Jahre 2015–2018 ein jährlicher Maximalbeitrag von Fr. 737 991.– (entsprechend dem Index von 99,8 Punkten des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2010) gewährt.
2. Der Stiftung Zürcher Gemeinschaftszentren wird für die zusätzliche Teilnutzung eines Pavillons am alten Standort für die Jahre 2015–2018 eine verwaltungsinterne Miete von Fr. 27 392.– erlassen, die dem Sozialdepartement für Raumkosten vom Hochbaudepartement verrechnet wird.
3. Die bestehende Rechtsgrundlage in Dispositiv-Ziff. 26 des Gemeinderatsbeschlusses Nr. 3336 vom 28. November 2012 wird per 31. Dezember 2014 vorzeitig aufgehoben.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit:

Anjushka Früh (SP): Das Gemeinschaftszentrum (GZ) Leimbach soll seinen bisherigen Standort von der Peripherie von Leimbach in das Ladenzentrum Mittelleimbach verlegen. Der Umzug ist einerseits wegen der notwendigen Gesamtinstandstellung des bisherigen Pavillonkomplexes erforderlich. Die Gebäude sind in ihrer Grundstruktur sanierungsbedürftig, Wände, Böden und Fenster müssen ersetzt werden. Eine Sanierung wie auch ein Neubau am bisherigen Standort kommen aus Kostengründen nicht in Frage. Andererseits ist der Peripherstandort grundsätzlich nicht zufriedenstellend, da er nicht mit dem öV und zu Fuss nur schlecht erreichbar ist. Deshalb kann das Angebot des GZ von einem grossen Teil der Bevölkerung nicht genutzt werden. Ebenfalls ungünstig liegt der jetzige Standort für die Entwicklungsgebiete Manegg und Sihlbogen. Der neue Standort liegt wesentlich zentraler und ist gut mit dem öV erreichbar. Das Angebot des GZ wird weitgehend im bisherigen Rahmen weitergeführt werden. Der alte Standort kann vorübergehend weiterhin durch das GZ sowie durch die Schuleinheit Falletsche-Leimbach genutzt werden. Die Fraktionen der SP, der Grünen, der FDP und der GLP haben heute ein Postulat eingereicht, mit dem sie anregen, dass die Räumlichkeiten am jetzigen Standort zu günstigen Konditionen der Quartierbevölkerung für soziokulturelle Aktivitäten zur Verfügung gestellt werden.

Kommissionsminderheit:

Samuel Balsiger (SVP): Die Weisung ist unsorgfältig, finanzpolitisch unklug und gegen

den Willen der Bevölkerung. Während der heutige Standort Zugang zur Natur hat, müssten die Kinder und Jugendlichen am neuen Ort in einer Betonlandschaft und direkt neben einem Altersheim spielen. Die mittelfristig unbenutzbaren GZ-Unterkünfte sollen für Schulkinder nicht nur kurzfristig zwischengenutzt werden. Bleibt aber das GZ am jetzigen Standort, würden «Züri Modular»-Pavillons für 3,5 Millionen Steuerfranken benötigt, weil das Schulhaus Allmend noch gebaut werden muss. Dabei hätte es im angrenzenden Schulkreis Limmattal noch Platz für Schulkinder. Der jetzige Standort bietet auch den Vorteil, dass kein Steuergeld an eine juristische Drittperson fließt, wohingegen am neuen Standort die Stadt jährlich fast 300 000 Franken einer privaten Genossenschaft überweisen müsste. Alles in allem würden sogar öffentliche Gelder in der Höhe von fast 11 Millionen Franken vernichtet. Im Zentrum sollten die Menschen stehen, viele Anwohner wehren sich aber gegen die Zerstörung eines Stücks Lebensqualität.

Weitere Wortmeldungen:

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Leimbach ist am Wachsen und hat vieles in Planung. Das jetzige GZ ist zwar idyllisch gelegen, für zwei Drittel des Quartiers aber schlecht zugänglich. Trotzdem verstehen wir natürlich, dass die Bevölkerung die heutigen Räume behalten möchte, und sind der Meinung, sie sollten in möglichst grosser Selbstorganisation bestehen bleiben. Die 40-jährigen Pavillons müssten unter Einsatz von Millionen Franken saniert werden. In diesem Zusammenhang ist es ein Glücksfall, dass im Zentrum von Leimbach Räume freigeworden sind. Ein grosser Teil des Quartiers freut sich darauf, diese benutzen zu können. Damit geht eine Aufwertung des Zentrums von Leimbach einher, die letztlich allen dient.

Markus Baumann (GLP): Ich möchte nur eine Korrektur anbringen: Die GLP-Fraktion hat das Begleitpostulat nicht mit eingereicht.

Christian Traber (CVP): Hingegen hat die CVP das Postulat mitunterzeichnet. Es stimmt, dass das heutige GZ peripher liegt und sanierungsbedürftig ist. Das Quartier ist in der Frage gespalten, eine Mehrheit gegen den Standortwechsel gab es aber nie. Der Standortwechsel ist für Leimbach eine Win-win-Situation: Den Naturraum beim bisherigen GZ verlieren wir nicht. Der neue Standort im Zentrum, der ebenfalls Platz für spielende Kinder bietet, bewirkt eine deutliche Aufwertung und ist mit Bus Nr. 70 aus den Entwicklungsgebieten gut erreichbar. Die Idee, Schulkinder von Leimbach ins Limmattal zu schicken, erscheint mir aufgrund der doch beträchtlichen Distanz einigermaßen abwegig.

Samuel Balsiger (SVP): Die Idee, die Schulkinder ins angrenzende Limmattal zu schicken, stammt von einer Mitarbeiterin aus dem Schulkreis Limmattal. Diese wundert sich, dass bei ihnen wegen Schülermangels Klassen geschlossen werden, während nebenan teure Pavillons aufgestellt werden. Im Limmattal hätte es Platz für rund 160 Sekundarschüler, und ich finde, der Schulweg ist einem Sekundarschüler zumutbar. Übrigens macht es keinen Sinn, 40-jährige Pavillons teuer zu renovieren. Das GZ könnte Schulpavillons, die ab 2016 frei werden, übernehmen und am bisherigen

3 / 4

Standort aufstellen. Am neuen Ort müssten fast 300 000 Franken Miete pro Jahr bezahlt werden. Ein Umzug hätte die Vernichtung von vielen Millionen Steuerfranken zur Folge, auch weil die Stadt nicht weiss, was sie mit den Schulpavillons machen soll. Die Petition wurde logischerweise nur von Leuten unterschrieben, die das GZ nutzen und es tatsächlich verlieren würden.

Ursula Uttinger (FDP): *Finanzpolitisch ist ein Standortwechsel die bessere Lösung. Klar ist der alte Standort nahe an der Natur gelegen, entscheidend ist aber, dass der Spielplatz – etwas ganz Wichtiges – beibehalten wird. Wir haben den Vorstoss unterstützt, um zu erfahren, was es überhaupt kosten würde.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Anjushka Früh (SP), Referentin; Präsidentin Ursula Uttinger (FDP), Vizepräsidentin Karin Weyermann (CVP), Ezgi Akyol (AL), Markus Baumann (GLP), Andreas Egli (FDP), Michael Kraft (SP), Pascal Lamprecht (SP), Sylvie Fee Matter (SP), Katharina Prelicz-Huber (Grüne)
Minderheit: Samuel Balsiger (SVP), Referent; Roberto Bertozzi (SVP), Mauro Tuena (SVP) i. V. von Peter Schick (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 21 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Anjushka Früh (SP), Referentin; Präsidentin Ursula Uttinger (FDP), Vizepräsidentin Karin Weyermann (CVP), Ezgi Akyol (AL), Markus Baumann (GLP), Andreas Egli (FDP), Michael Kraft (SP), Pascal Lamprecht (SP), Sylvie Fee Matter (SP), Katharina Prelicz-Huber (Grüne)
Minderheit: Samuel Balsiger (SVP), Referent; Roberto Bertozzi (SVP), Mauro Tuena (SVP) i. V. von Peter Schick (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 19 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

4 / 4

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit:	Anjushka Früh (SP), Referentin; Präsidentin Ursula Uttinger (FDP), Vizepräsidentin Karin Weyermann (CVP), Ezgi Akyol (AL), Markus Baumann (GLP), Andreas Egli (FDP), Michael Kraft (SP), Pascal Lamprecht (SP), Sylvie Fee Matter (SP), Katharina Prelicz-Huber (Grüne)
Minderheit:	Samuel Balsiger (SVP), Referent; Roberto Bertozzi (SVP), Mauro Tuena (SVP) i. V. von Peter Schick (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 21 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Stiftung Zürcher Gemeinschaftszentren wird für das Gemeinschaftszentrum Leimbach am neuen Standort für die Jahre 2015–2018 ein jährlicher Maximalbeitrag von Fr. 737 991.– (entsprechend dem Index von 99,8 Punkten des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2010) gewährt.
2. Der Stiftung Zürcher Gemeinschaftszentren wird für die zusätzliche Teilnutzung eines Pavillons am alten Standort für die Jahre 2015–2018 eine verwaltungsinterne Miete von Fr. 27 392.– erlassen, die dem Sozialdepartement für Raumkosten vom Hochbaudepartement verrechnet wird.
3. Die bestehende Rechtsgrundlage in Dispositiv-Ziff. 26 des Gemeinderatsbeschlusses Nr. 3336 vom 28. November 2012 wird per 31. Dezember 2014 vorzeitig aufgehoben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 10. September 2014 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 9. Oktober 2014)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat